

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Verlags- und Verlags-Charlottenburg, Köpenickerstraße 4. • • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • • •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht von einem Ganzen werden • • • • • Als bleibendes Glied schließ an ein Ganzes dich an • • • • •

Inserate: Die 3spaltige Preistabelle für Geschäftsleute 100 Mark, im Arbeitsmarkt 60 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Serben, Charlottenburg 1.

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Zur Kritik der Goldlohnrechnung.

Im „Korrespondenzblatt“, Nr. 7, nimmt Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, C. Friß Tarnow, Stellung gegen Dr. W. Braun, der im „Korrespondenzblatt“, Nr. 6 einen Artikel „Goldwährung — Goldpreise“ veröffentlicht. Tarnows Ausführungen sind so gehalten, daß wir sie unserer Kollegenschaft zum eingehenden Studium empfehlen.

Auch Genosse Adolf Braun ist dem grundlegenden Irrtum aller Kritiker des Gedankens der Goldlohnrechnung verfallen, nämlich der Verwechslung von Wertmaß und Wertmenge. Sie sehen in der Goldlohnrechnung nichts anderes als den Weltmarktlöhn oder den Friedensreallohn und setzen nun — und zwar durchaus mit Recht — darauf hin, daß diese Forderung zurzeit die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen. Die Preise würden damit auf eine Höhe steigen, daß der Export völlig zum Erliegen kommen müßte. Andererseits hätten die Arbeiter von solchen Löhnen nicht den geringsten Vorteil. „Die deutschen Arbeiter hätten Weltmarktlöhne, aber sie würden wohl bald von diesen Löhnen abwärts sein, weil sie dafür Weltmarktpreise zahlen müßten“, sagt Braun. (Ach, die deutschen Arbeiter wurden keinen Augenblick davor zurückgeschreckt, Weltmarktpreise zu zahlen, wenn sie gleichzeitig Weltmarktlöhne bekämen!) Aber um diese Frage handelt es sich hier gar nicht.

Die Forderung nach Goldrechnung geht von der Erkenntnis aus, daß die Papiermark, obwohl sie noch immer die offizielle Währung ist, dennoch auch auf dem Inlandsmarkt bereits aufgehört hat, der Wertmesser zu sein. Zwar ist die Vorstellung, daß die Funktionen als Wertmaß und als Zahlungsmittel im Gelde untrennbar miteinander verbunden seien, so fest eingewurzelt, daß es viele für eine phantastische Währungsphantasie ansehen, diese beiden Funktionen voneinander zu trennen. Aber wer so denkt, sieht vor lauter Eifer den Wald vor Bäumen nicht. Die Wirtschaft ist längst dazu übergegangen, die Wertbemessung vom Zahlungsmittel zu trennen. Sie rechnet in großem Umfang bereits nach einem anderen Goldmaß, in dem sie kalkuliert und fakturiert, während die Papiermarksumme bei der Zahlung nach dem jetzigen Umrechnungskurs zu dem angewandten Goldmaß umgerechnet wird.

Es wäre verfehlt, in der Anwendung eines stabilen Wertmessers zum Schutz gegen die Geldentwertung lediglich kapitalistisches Profitmännchen zu sehen. Die kapitalistische Wirtschaft kann einfach nicht existieren ohne einen Wertmesser. Ein Geld, dessen in Kaufkraft sich äußerer Wert jeden Tag ein anderer ist, kann ebensowenig noch Wertmaß sein, wie etwa eine Gummischnur ein Längenmaß sein könnte. Nachdem der Staat nicht in der Lage ist, die offizielle Währung zu stabilisieren, war es ein Akt der Notwendigkeit und notwendiger Selbsthilfe, wenn die Wirtschaft sich privatwirtschaftlich feste Wertmesser schuf. Auch wer die Berechtigung dieses Vorgehens nicht zugeben will, muß mit der Tatsache abfinden, daß die Goldrechnung da ist und mit unheimlicher Schnelligkeit um sich greift. Die Produzenten und Großhändler bedienen sich heute schon zum größten Teile im Geldverkehr irgendeiner Goldrechnung, sei es der Dollarkurs oder eine andere Goldwährung, sei es dem Mark nach dem Reichsbank- oder dem Zollaufgeldkurs, sei es der Großhandelspreisindex, der seinerseits wieder dem Mark folgt, oder sei es sonst eine ähnliche Methode. Dem Kleinhandel ist zwar noch gesetzlich verboten, die Waren ebenfalls in Goldrechnung auszuzeichnen, wie es der Großhandel bereits tut, aber das kann niemanden darüber täuschen, daß auch der Kleinhandel der Goldrechnung erliegt. Er nimmt für sich in Anspruch, keine Waren nach dem Markverkaufspreis zu verkaufen, und da dieser, also der Markverkaufspreis, auf Goldrechnung steht, muß sich dieser im Kleinhandel auswirken. Wer in der Forderung der Wiederbeschaffungspreise nur eine wucherische Ausnutzung sieht, wird nicht umhin können, sich mit den Arbeiterkonsumvereinen darüber auseinanderzusetzen, die für sich diese Forderung geltend machen und erklären, daß andernfalls zusammenbrechen müßten.

Vom Warenmarkt her ist die wertbeständige Rechnung in den Kapitalmarkt gebrungen. Staatliche und private Einnahmen haben bereits in großer Zahl Kohlen- und Eisenwertanleihen aufgelegt. Den Versicherungen ist das eingeräumt worden, ihre Geschäfte auch im Inland nach der Goldrechnung abzuwickeln. In juristischen Kreisen wird zurzeit lebhaft die Forderung vertreten, daß in Gerichtsurteilen wertbeständige Geldverpflichtungen aufgelegt werden können. Bekannt ist, daß auch eine Reihe von Kommunalverbänden ihre Tarife und Pachtverträge auf wertbeständige Rechnung abschließen. Zu dem Gesetz über die Geldentwertung bei Steuern hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion neuerdings beantragt, die Steuern nach dem Goldkurs einzuhoben. Das Reichsfinanzministerium, das der Geldentwertung bei verspäteter Steuer-

zahlung lediglich durch Verzugszinsen Rechnung tragen wollte, hat in der Begründung zum Gesetzentwurf ausgesprochen, daß es die Möglichkeit der Goldrechnung für Steuern geprüft hat, aber zur Ablehnung dieses Gedankens gekommen sei, weil dies die allgemeine Anwendung der Goldrechnung zur Folge haben würde. Diese Schlussfolgerung ist sicher richtig, aber es fragt sich nur, ob die allgemeine Goldrechnung überhaupt noch abzuwenden ist und ob es nicht vielmehr dem Staats- und allgemeinen Wohle entsprechen würde, wenn eine einheitliche Goldrechnungsmethode für alle Geldleistungen als gesetzlicher Währungsbehelf bis zur endgültigen Wiederherstellung der Goldwährung eingeführt würde.

Die Frage der Goldrechnung für den Lohn ist also nur ein Teilstück aus dem Problem der Goldrechnung an sich. Die Goldrechnung bedeutet, daß die Papiermark als Zahlungsmittel im inländischen Verkehr beizubehalten ist, daß aber der Wert aller Geldleistungen nach einem theoretischen Wertmaß ausgedrückt werden soll. Man kann sich dieses Wertmaß verschieden vorstellen. Die Praxis ist auch sehr unterschiedliche Wege gegangen, in der Regel aber folgte sie einer ausländischen Goldwährung, am meisten dem Dollar, weil dieser heute intervalutarisch am stabilsten ist. Man

Solange noch eine Kanone geossen wird, solange noch ein Mensch einen anderen tötet, ist keine Religion auf der Welt; solange noch ein Geistlicher einen Menschen schänden läßt, auf Kommando seinen Bruder zu töten, ist alles Reichum eitel Lüge. Verthold Auerbach.

Nicht die Arbeit schändet den Menschen, sondern die Arbeitslosen; der Mensch ist allen verhaßt, der gleich den Drohnen das Gewirle der fleißigen Bienen aufhebt in Trägheit. Herold.

Könnte aber auch, um willkürliche und zufällige Kurschwankungen möglichst auszuschalten, einen Kursindex verschiedener Devisen zugrunde legen. Ein anderer Vorschlag geht dahin, die Basis für ein neues Rechnungsgeld nicht in ausländischer Währung zu suchen, sondern in der deutschen Wirtschaft. So der Heidelberger Universitätsprofessor Seiler*, der die Schaffung einer „Neumark“ nach der Inlandkaufkraft fordert.

„Die Neumark als diese abstrakte Rechnungseinheit wird in der Weise geschaffen, daß ihr Verhältnis zur Papiermark am 1. August 1914 auf 1 festgesetzt wird und daß von da ihr Kurs im Verhältnis zur Papiermark unter Zugrundelegung des Binnenwertes der Papiermark (dieser gewonnen aus mehreren Faktoren, wie insbesondere Großhandelsindex, Kleinhandelsindex, Teuerungsziffern) in Perioden von der Reichsbank oder einer unter Führung der Reichsbank stehenden Sachverständigenkommission festgesetzt und amtlich bekanntgemacht wird.“

Der Streit um die Form des Rechnungsgeldes kann aber zunächst zurücktreten hinter der Hauptfrage, ob es zweckmäßig erscheint, ein solches wertbeständiges Rechnungsmittel einzuführen.

Nachdem der Warenmarkt von der Goldrechnung erfasst ist, der Kapitalmarkt im schnellen Tempo folgt, und wenn nun auch die Steuern entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag auf die Goldrechnung gestellt würden, blieben im wesentlichen noch die Löhne und Gehälter für die Einbeziehung in die Goldrechnung übrig, um diese allgemein zu machen. Ich halte es für ein verhängnisvolles Verhängnis, daß, getäuscht durch die Hoffnungen auf eine baldige endgültige Stabilisierung der Papiermark, diese Frage in der Arbeiterbewegung nicht früher aufgegriffen wurde. Welche verheerenden Folgen es für die Arbeiterschaft haben muß, wenn ihr Einkommen nach wertunbeständiger Papiermark bemessen wird, während die Warenpreise auf fester Goldrechnung stehen und automatisch dem Goldkurs folgen, das erleben wir zu unserem Schrecken gerade in diesen Wochen. Nach dem Gesetz der Goldrechnung passen sich die Warenpreise fast unmittelbar dem Goldkurs an, während die Löhne erst verspätet und ganz unzulänglich nachfolgen. Ich befürchte, daß der Verlust an Reallohn in den letztvergangenen Wochen mit 30 bis 50 v. H. eher zu gering als zu hoch geschätzt werden muß. Dieser Verlust wäre vermieden worden, wenn auch die Ware Arbeitskraft gleich den übrigen Waren beizustellen auf die Goldrechnung abgestellt worden wäre.

Wie sehr der Warenmarkt bereits von der Goldrechnung beherrscht wird, geht aus einem Vergleich der Entwicklung des Dollarkurses mit derjenigen der Großhandelspreise hervor (diese nach den Messziffern der „Industrie- und Handels-Zeitung“, die 44 der wichtigsten Warengruppen zugrunde legt).

* Die Geldentwertung als Gesetzgebungsproblem des Privatrechtes, zugleich ein Vorschlag auf Einführung der Neumark. Verlag J. Benzheimer, Mannheim, 1922.

Steigerung oder Abnahme gegenüber der Vorwoche vom Hundert.

| | 20. 12. | 6. 1. | 13. 1. | 20. 1. | 27. 1. | 3. 2. |
|-------------------|---------|-------|--------|--------|--------|-------|
| | 618 | 618 | 618 | 618 | 618 | 618 |
| | 5.1 | 12.1 | 19.1 | 20.1 | 2.2 | 0.2 |
| Großhandelspreise | 4.8 | 13.9 | 60.7 | 23.9 | 88.5 | 10.2 |
| Dollarkurs | 6.8 | 26.5 | 68.9 | 28.0 | 80.2 | -5.1 |

Wenn danach innerhalb derselben Woche das Warenpreisniveau dem Dollarkurs nicht bis zum letzten Punkt folgt, so dürfte das nur daran liegen, daß die Preise einiger Großwaren, insbesondere der Kohle, nicht ganz so beweglich sind wie der Dollar. Aber das Zurückbleiben hinter dem Dollar ist nur ein Tempoverlust, der nach wenigen Tagen der vorausgegangenen Woche eingeholt zu sein pflegt. Das zeigt sich am deutlichsten in der letzten Woche (vom 3. bis 9. Februar), wo der Dollarkurs eine geringe Abschwächung erfahren hatte, während die Großhandelspreise noch den Rückstand der Vorwoche aufzuholen hatten und demgemäß weiter stiegen. Die Zahlen zeigen also, daß die Großhandelspreise höchstens mit einem Abstand von wenigen Tagen dem Dollar — d. h. dem Goldkurs — folgen, was gar nichts anderes als der natürliche Ausdruck ihres Goldpreischarakters ist. Für den Kleinhandel bestehen in Zeiten sprunghafter Marktschwächung noch einige Hemmnisse, im gleichen Tempo dem Goldkurs zu folgen. Aber auch hier handelt es sich nur um einen Zeitverlust. Wir wissen, daß nach einer nicht allzu langen Zeitspanne die Kleinhandelspreise genau da stehen, wo heute die Großhandelspreise stehen. In welchem Tempo aber die Löhne folgen werden, die sich nicht wie die Warenpreise automatisch nach der Goldrechnung bewegen, sondern bei denen um jede Papiermark gekämpft und gekämpft werden muß, das wissen wir sehr viel weniger. Gält man sich jedoch vor Augen, daß der Großhandelsindex in der ersten Februarwoche bereits das 757fache der Vorkriegszeit erreicht hat, während die Löhne um diese Zeit im Durchschnitt kaum auf das 1500fache gekommen sind, dann wird man sich immerhin eine Vorstellung davon machen können, was die Arbeiterschaft in den nächsten Wochen noch zu erwarten hat.

Von den Einwendungen, die gegen die Forderung nach Goldlohnrechnung erhoben werden, erscheint am leichtesten die allerdings am meisten zu hörende, nämlich, daß die Löhne eine Höhe erreichen würden, die die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen müßte. Der Irrtum dieser Annahme wird sofort ersichtlich, wenn man sich die Wirkung der Goldlohnrechnung an einem Beispiel praktischer Natur machen versucht. Nehmen wir an, ein Exportfabrikant habe einen Liefervertrag Anfang Januar in Dollar abgeschlossen, wobei er selbstverständlich seine Papiermark-geschäftskosten für die Kalkulation zuvor einer Umrechnung in Dollar unterzogen hat. Zahlte er damals einen Stundenlohn von 390 M., so entsprach das nach dem durchschnittlichen Dollarkurs der ersten Januarwoche genau 5 amerikanischen Cents. Wäre der Lohn nach der Dollargoldrechnung zu zahlen, so wäre er gestiegen in der 2. Woche auf 492 M., in der 3. auf 832 M., in der 4. auf 1065 M., und in der 5. (vom 27. Januar bis 2. Februar) auf 1920 M. Diese an der tatsächlichen Lohnentwicklung gemessenen, allerdings ungeheuerlichen Lohnsteigerungen lassen das Gefühl aufkommen, daß daran die Industrie zugrunde gehen müßte. In Wirklichkeit aber braucht sich unser Fabrikant nicht einen Augenblick den Kopf darüber zu zerbrechen, ob er seinen Liefervertrag noch erfüllen könne, denn er hat immer nur die 5 Cents pro Stunde gezahlt, die er kalkuliert hatte und die ihm sein Abnehmer zahlen wird. An diesem Beispiel ist aber auch sofort zu erkennen, was die in Gold rechnende Wirtschaft allein schon daran verdient, daß sie die Löhne in entwerteter Papiermark zahlen darf. (Einen weiteren Nutzen gewinnt zieht sie aus entwerteter Steuerzahlung.) Wo der Stundenlohn Anfang Januar 390 M. betrug, ist er Anfang Februar schwerlich über 1000 M. gekommen, d. h. er ist von 5 Cents auf 2 1/2 Cents gesunken, und diese Differenz steckt der Unternehmer als Extraverdienst in die Tasche. Gerade für die Exportindustrie ist ersichtlich, daß die Einführung der Goldlohnrechnung, d. h. derselben Rechnungsbasis, die auf dem Weltmarkt gilt, keine Schädigung, sondern im Gegenteil ein erheblicher Vorteil sein würde, da dann erst die Sicherheit der Kalkulation und der Vertragsabschlüsse gegeben ist.

Ein Bedenken, das schon schwerer wiegt, ist die Überlegung, daß bei steigendem Papiermarkkurs die Lohnsumme (in Papiermark) kleiner wird, ohne daß die Warenpreise sinken. Wenn die Löhne in einer neuen Rechnungsmark vereinbart, die Warenpreise aber, wie bisher, in alter Papiermark ausgedrückt würden, wäre dieser Einwand allerdings berechtigt. In der Tat haben die heutigen mit einer Papiermarksmasse verkleideten Goldpreise der Waren die fatale Angewohnheit, ihren Goldpreischarakter zu verleugnen, wenn einmal der Goldkurs sinkt. Solange die Goldrechnung eine private Manipulation des Produzenten oder Warenverkäufers ist, die er vornimmt, wenn er Vorteil davon hat, und die er ebensogut unterlassen kann, wenn er einmal Nachteil

davon hätte, wird man diese Erscheinungen auch kaum ausmerzen können. Die Sache sieht aber anders aus, wenn die Goldrechnung das vorgeschriebene Wert- und Preismaß für alle Geldleistungen sein wird. Sind die Warenpreise in derselben Goldrechnung ausgezeichnet, wie der Lohn vereinbart wurde, dann kann es dem Arbeiter gleichgültig bleiben, ob er je nach dem Kurs mehr oder weniger Papiermark als Lohn bekommt, denn die Kaufkraft seines Lohnes wird dadurch nicht verändert. Daß die Warenpreisgestaltung in Goldrechnung keine Sicherheit dafür bietet, daß gegebenenfalls nun nicht auch die Goldpreise willkürlich erhöht werden könnten, ist natürlich richtig. Aber in diesem Falle würden ja auch die Lohnvereinbarungen geändert werden können. Der hier behandelte Einwand spricht deshalb nicht gegen die Goldrechnung an sich, nur gegen den Gedanken, daß etwa auf dem Wege der gewerkschaftlichen Forderung oder der tariflichen Vereinbarung die Goldrechnung allein für den Lohn gefordert, ohne daß gleichzeitig diese Rechnungsart zum allgemeinen Wertmaß in der Warenwirtschaft erhoben würde.

Schließlich der Hinweis auf die inflationistische Gefahr, die allerdings sehr groß erscheint, wenn bei einem rapiden Marktschwund, wie wir ihn in den letzten Wochen erlebt haben, sofort alle Geldzahlungen in Papiermark im gleichen Ausmaß vergrößert werden müssen. Man darf aber nicht übersehen, daß die Inflation auch ohnehin kommen muß, wenn die Warenpreise auf Goldrechnung stehen. Wir sehen, daß die Großhandelspreise fast unmittelbar dem Goldkurs folgen, die Kleinhandelspreise müssen zwangsläufig, wenn auch mit einem gewissen Zeitabstand, folgen, und letzten Endes kann auch der Lohn nicht stehen bleiben, da ja die Senkung des Reallohnes nicht bis ins Unendliche fortgesetzt werden kann. Die allgemeine Anwendung der Goldrechnung würde lediglich die Zeitspannen beseitigen und also dazu führen, daß eine auch ohnedies kommende Inflation eine Anzahl von Wochen früher in Erscheinung treten würde. Es erscheint mir als eine unnötige Grausamkeit gegen die Arbeiter, ihren Lohn nur deswegen hinter den Warenpreisen herhinken und sie hungern zu lassen, bloß weil damit eine kurze Spanne Zeit für die Inflation gewonnen wird.

Andererseits würde aber die allgemeine Anwendung der Goldrechnung dem Interesse an einer Regelung und Festigung des Papiermarkkurses auch in solchen Kreisen sehr förderlich sein, die heute noch diesen Dingen sehr gleichgültig gegenüberstehen. So lange der eine Teil des Volkes keine Einnahmen nach dem Goldkurs sichert, seine Ausgaben aber in entwerteter Papiermark zahlen darf, wird man von ihm nicht erwarten dürfen, daß er sich besonders stürmisch für eine Festigung des Marktkurses einsetzt. Nehmen wir durch die Einführung der Goldrechnung für das ganze Volk den Interessenten der fortgesetzten Markverschlechterung den Gewinn, den sie daraus ziehen, so werden wir um so eher auf ihre Mitwirkung bei der Stützung und schließlich der Stabilisierung der Papiermark rechnen können.

Zur Stützungsaktion der Reichsbank.

Der Ruf nach dem Reichsbankgold. — Dollarsturz und Warenmarkt. — Hemmungen des Preisabbaues. — Ungünstigere Konjunktur.

Bearbeitet man die Stützungsaktion der Reichsbank allein nach den Devisenkursen, so ist ihr zweifellos ein erheblicher Erfolg nicht abzupredigen. Der Dollar ging von 50.000 bis unter 20.000 zurück. Es läßt sich allerdings zur Stunde nicht übersehen, ob dieser nach heutigen Begriffen schon niedrige Kurs längere Zeit wird anhalten können. Die Reichsbank berichtigt zwar, daß sie einen langen Atem habe und die privaten Meldungen, an denen vieles Erjübnere, aber sicherlich auch manches Richtige ist, bestätigen diese Auffassung. Trotzdem brüht die Nachfrage am Berliner Devisenmarkt den Wertstand der Mark seit Anfang dieser Woche wieder etwas herab. Der Dollar zeigt die Tendenz zum Steigen.

Einen weiteren heilsamen Erfolg hat die unvermutete und großzügige Aktion der Reichsbank zu verbuchen. Die wilde Spekulation ist ruhig geworden. Auch wenn die Devisenkurse wieder steigen, weiß kein Mensch, wann aus dem heiteren Himmel der den Valutagewinnern so lange gestrahlte, plötzlich wieder der Bliz eines Dollarkurses zwischen bestürzte Gemüter fährt. Es bestätigt sich hier, was die Sozialdemokratie immer wieder bei ihrer Forderung nach einer aktiven Währungs politik betont hat, daß nämlich die enorme Einwertung der Mark zu einem erheblichen Teil auf spekulative Machenschaften und auf marktfeindliche Eigenheiten zurückgeht. Wenn niemand, der Mark verkauft, um dafür wertvolle Devisen einzukaufen, der Gefahr des Verlustes ausgesetzt ist, so kann jeder Esel in Devisentransaktionen Geld verdienen. Nicht viel anders ist es ja auch am Aktienmarkt, der stark von den Devisenkursen beeinflußt ist. Wenn in einer Zeit der größten Not des Volkes eingewanderte Galizier und asiatische Bankerleben zu Millionen werden können, so liegt das eben daran, daß innerhalb der ganzen Marktbewegung es an der Gegenpartei gefehlt hat, derjenigen Partei, die nicht unbedingt Schwärze und fremde Zahlungsmittel zu erhalten sich bestrebt, sondern an dem Besitz von Papiermark ein Interesse hatte. Wenn nun aber selbst das eigene Volk an dem Wert seiner Währung verzweifeln muß, weil die Mark, die man am Anfang des Jahres erhielt, am Ende des Jahres höchstens noch 5 Pfennig oder gar noch weniger Kaufkraft hat, so muß natürlich die Flucht aus der Mark in die Ware, in den Aktienbesitz und in fremde Devisen dauernd genährt werden. Das wieder muß unsere Zahlungsbilanz ungünstig beeinflussen, weil fortgesetzt Geld ohne volkswirtschaftliche Notwendigkeit ins Ausland abfließt und damit auch die sachlichen Gründe zu einer Verschlechterung des Marktes herbeiführt. Sobald aber das Interesse an der Währungsreform gemindert wird, sobald das Volk wieder glauben kann, daß sich die Kaufkraft der Mark doch wieder einmal erhellen und die Spekulanten, die vorher Devisen, Warez und Aktien geschaukelt haben, auf dem Trockenen sitzen und die Gefahr der Entwertung ihres Vermögens vor sich sehen — in demselben Augenblick ist die Gegenpartei da, welche einer überhöhten Nachfrage nach fremden Devisen entgegenwirkt.

Um so mehr muß man behaupten, daß die sachlichen Vorbedingungen einer Stützung der Mark nicht fortwährender und früher geschaffen worden sind. Die Aufgabe einer werblichfähigen Reichsbank, die man jetzt erwägt und die 200 Millionen Goldmark betragen soll, hätte längst vor Beginn der Stützungsaktion erfolgen müssen. Hand in Hand damit hätten regelnde Eingriffe in den Warenmarkt, auch Vorbereitungsmaßnahmen gegen den mit jeder Währungsreform eintretenden Rückgang der Konjunktur getroffen werden müssen. Von dem notwendigen Stillstand der Notensätze ist leider überhaupt noch nichts zu hören. Jetzt erst, nach dem verblüffenden Erfolg des ersten Devisentransfers der Reichsbank, melken sich auch rechts-

gerichtete, bisher jeder aktiven Währungspolitik abhandlungswürdige Deflationen mit der Forderung, das Gold der Reichsbank zur Stützung der Mark in Anspruch zu nehmen. Als die Sozialdemokratie vor längerer Zeit, aber unter den gleichen Voraussetzungen, die jetzt nach der Weizsäcker der Mark nur deutlicher und drückender ins Bewußtsein getreten sind, die Verwertung eines Teiles des Reichsbankgoldes zur Hebung des Marktkurses befürwortete, sprach man davon, daß die Sozialdemokratie den Goldschatz der Reichsbank der Entente ausliefern wolle. So wenig jetzt ein theoretischer Streit über diese Dinge angebracht ist, weil heute in der Tat die ganze Kraft des Volkes und die letzten und noch verbliebenen Reserven zur Vermeidung größeren Unheils aufgezogen werden müssen, so notwendig ist es doch, sich diese Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen. Hätte man damals auf uns gehört und wenigstens die Vorbereitungen für eine aktive Währungspolitik getroffen, so wäre ein Dollarkurs von 50.000 nicht möglich gewesen und damit auch die Verwertung des Warenmarktes ausgeschlossen, die jetzt eine Stützungsaktion der Reichsbank herbeiführen mußte, nachdem sich die Inlandpreise den durch den Marktschwund überhöhten Weltmarktpreisen angepaßt hatten und die notwendige Umstellung auf niedrigere Preise großen Schwierigkeiten begegnet.

Zu einem Teil liegt das in der Natur der Sache. Wiederholt wurde an dieser Stelle dargelegt, wie die Großhandelspreise beim Anstieg der Kleinhandelspreise weit vorausgeeilt sind, so daß natürlich auch beim Preisabbau der Kleinhandel nur zögernd den Großhandelspreisen folgen kann. Man hätte eben den übermäßigen Anstieg des Dollars vorher verhindern müssen, wenn man die Rückwirkungen auf den Warenmarkt vermeiden wollte.

Nichtsoweniger müssen aber alle Hemmungen, die einem raschen Preisabbau entgegenstehen, beseitigt werden. Man darf sich hierbei keinen Illusionen hingeben: Ein nicht unerheblicher Teil der Warenpreise, insbesondere inländische Fertigfabrikate, haben sich selbst heute noch nicht auf den Dollarkurs von 20.000, also dem rund 500fachen Friedensstand eingestellt. Berücksichtigt man obendrein, daß die Weltmarktpreise, in Gold ausgedrückt, immer noch auf dem anderthalbfachen Vorkriegsstand (im großen Durchschnitt) stehen, so ist ein Gleichstand der Preise bei einem Dollarkurs von 20.000 etwa erst erreicht, wenn die Inlandpreise auf dem durchschnittlichen Stand von dem

Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft!

M. v. Ebnert-Eschenbach.

Die Ungleichheit ist die Quelle aller Revolutionen, denn die Ungleichheit kann durch nichts Erträglich gemacht werden.

Aristoteles (330 Jahre vor Christus).

7500fachen des Vorkriegsniveaus erreicht werden. Das ist bei vielen Waren zweifellos nicht der Fall. Wo das aber nicht ist, kann man eine Preisermäßigung von einem Sinken des Dollarkurses auf 20.000 selbstverständlich nicht erwarten. Aber auf allen übrigen Gebieten, und es gibt deren in ausreichender Zahl, gerade bei den Lebensmitteln des freien Verkehrs, ist ein rückwärtiger Preisabbau mit allen Mitteln zu beschleunigen. In diesem Sinne sind auch Erlasse des Landespolizeiamtes und des preußischen Handelsministers erfolgt. Es erweist sich aber immer mehr, daß auch die neue Gestaltung der Währungsrechnung nicht wirksam genug ist, um einen beschleunigten Preisabbau zu begünstigen. Die Richtlinien, die der Reichswirtschaftsminister Bedner-Hessen über den angemessenen Preis herausgab, verfolgten den richtigen Zweck, der Geldbewertung Rechnung zu tragen, ohne gleich panikartige Preisbewegungen herbeizuführen. Man gestattete den Kaufleuten auf Ware, die sie früher eingekauft hatten und daher billiger abzugeben verpflichtet waren, eine gewisse Berücksichtigung des Wiederbeschaffungspreises, indem sie einen Wertberichtigungsaufschlag je nach den steigenden Kosten der Lebenshaltung erhaltungsgemäß auch dann noch weiter, wenn die Großhandelspreise bereits im Rückgang sind. Die Anwendung dieser Richtlinien würde also zur Folge haben, daß ein Kaufmann auch dann Preisauflage zu nehmen berechtigt ist, wenn die Beschaffung neuer Waren bereits billiger geworden ist. Und das Recht dazu würde er daraus herleiten können, weil nach dem Rückgang der Großhandelspreise immer noch der Preis für Marktenbrot für Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmieten zu steigen pflegen. Eine solche Vorschrift würde also den durch Großhandelspreise bedingten Preisabbau leicht aufhalten können. Sie bedarf einer Abänderung, mindestens für die sogenannten Frischwaren, dann aber auch für viele Stapelwaren. Denn es ist unerträglich, daß sich das Fleisch und andere Lebensmittel inländischer Herkunft mit dem Dollarkurs verteuern, der Preisrückgang aber durch die nachfolgende Steigerung der Lebenshaltungskosten aufgehoben wird. Der Schlüssel, nach dem die Berücksichtigung der Geldbewertung im Preise statthaft ist, erweist sich demnach als unhaltbar.

Die Ausichten der industriellen Konjunktur haben sich durch die Besserung des Marktkurses und die damit wachsenden Exportschwierigkeiten naturgemäß verschlechtert. Es besteht die große Gefahr, daß die verlorene Arbeitslosigkeit, von der der gemeinsten Kaufmann feinerzeit in Genua sprach, jetzt im wachsenden Maße sichtbar wird. Es wird notwendig sein, hier Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Der Kampf um die Ruhr, der sich täglich verschärft, würde darunter leiden, wenn im unbesetzten Gebiet eine steigende Arbeitslosigkeit eintritt. Das aber muß verhindert werden, damit die ungeliebten Opfer, die das Volk in der Abwehr der militärischen und imperialistischen Hebergrieße bereits gebracht hat und noch täglich bringt, nicht nutzlos verpuffen.

Steuererleichterung.

Den Bemühungen des ADGB und der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages ist es gelungen, ab 1. März eine weitere Erleichterung des Lohnsteuerabzuges zu erreichen. Durch Gesetz vom 23. Dezember 1922 ist der Finanzminister ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages, die Ermäßigungsbeiträge für den Lohnsteuerabzug entsprechend der Geldbewertung anderweitig festzusetzen. Der Steuerantrag, welcher am 14. Februar 1923 die Reichstagsberatung behandelt hat, ist noch über den Vorstoß des ADGB hinausgegangen. Der Reichsrat sah ab 1. März 1923 eine Verdreifachung der bisher gültigen Ermäßigungsbeiträge vor, der Steuerantrag hat eine Verdoppelung beschlossen. Dadurch ist das Steuerrecht des Reichstagesbeschlusses vom 23. Dezember 1922 zu einem Teile wieder ausgeglichen.

Die Reichstagsabstimmung am 1. März 1923 ist nunmehr folgende:
Der Steuerabzug beträgt ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitseinkommens 10 Proz. Dieser Steuerabzug ermäßigt sich ab 1. März 1923 bei monatlicher Lohnzahlung

| | |
|---------------------------|-----------|
| für den Steuerpflichtigen | um 800 M. |
| den Ehegatten | 800 " |
| jedes Kind | 4000 " |
| Verbungslosten | 4000 " |

Bei wöchentlicher Lohnzahlung ermäßigt sich der 10prozentige Abzug:

| | |
|---------------------------|-----------|
| für den Steuerpflichtigen | um 192 M. |
| den Ehegatten | 192 " |
| jedes Kind | 960 " |
| Verbungslosten | 960 " |

Folgende Einkommensbeträge sind für die jeweiligen abchnitte und für den jeweiligen Familienstand steuerfrei. Die diesen Einkommens übersteigenden Beträge müssen mit voll 10 Proz. versteuert werden.

Die steuerfrei bleibenden Einkommen sind bei wöchentlich ober monatlicher Lohn- und Gehaltszahlung:

| | Monatlich | Wöchentlich | Täglich | 2 Wochen |
|---|-----------|-------------|---------|----------|
| Unverheirateter oder verwitweter Arbeiter ohne Kinder | 4 800 | 1152 | 192 | 48 |
| Verheirateter ohne Kinder | 5 600 | 1844 | 224 | 56 |
| Unverheirateter oder verwitweter mit 1 Kind ob. mittellose Angehörige | 8 000 | 2112 | 352 | 88 |
| Verheirateter mit 1 Kind ober mittellose Angehörige | 9 600 | 2304 | 384 | 96 |
| Ledig od. verw., mit 2 Kindern ober mittellose Angehörigen | 12 800 | 3072 | 512 | 128 |
| Verheiratet, mit 2 Kindern ober mittellose Angehörigen | 13 600 | 3264 | 544 | 136 |
| Ledig od. verw., mit 3 Kindern ober mittellose Angehörigen | 16 800 | 4032 | 672 | 168 |
| Verheiratet, mit 3 Kindern ober mittellose Angehörigen | 17 600 | 4224 | 704 | 176 |
| Ledig od. verw., mit 4 Kindern ober mittellose Angehörigen | 20 800 | 4992 | 832 | 208 |
| Verheiratet, mit 4 Kindern ober mittellose Angehörigen | 21 600 | 5184 | 864 | 216 |

Für mittellose Angehörige tritt die Steuerermäßigung nur dann ein, wenn das Finanzamt auf Antrag des Steuerpflichtigen dies auf der Steuerkarte vermerkt.

Für Monat Februar ist ebenfalls eine Regelung getroffen dahingehend, daß für eine Woche (ist 6 Arbeitstage) keine Steuern zu zahlen sind.

Bei Wochenlöhnern sind die letzten 6 Arbeitstage, die der Steuerpflichtige im Monat Februar arbeitet, hierfür bestimmt. Für Monatslöhner bleibt ein Viertel des Februargehältes vollständig steuerfrei. D. Feldmann, Rechthalbenleben.

Das Existenzminimum in der ersten Februarhälfte 1923.

Von Dr. R. Kacynski.
Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Februarhälfte fast doppelt so hoch wie in der zweiten Januarhälfte, etwa 2 1/2 mal so hoch wie in der ersten Januarhälfte, reichlich 3 mal so hoch wie in der ersten Dezemberhälfte, reichlich 6 mal so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, reichlich 13 mal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, etwa 130 mal so hoch wie im Februar 1922, etwa 200 mal so hoch wie im Februar 1921 und etwa 320 mal so hoch wie im Februar 1920. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich für Groß-Berlin:

| | Mann | Ehepaar | Ehepaar mit 2 Kindern |
|-------------------------|-------|---------|-----------------------|
| | M. | M. | M. |
| Ernährung | 24198 | 28795 | 31004 |
| Wohnung | 500 | 500 | 500 |
| Heizung und Beleuchtung | 5679 | 5679 | 5679 |
| Wäsche | 10667 | 17778 | 24880 |
| Sonstiges | 9869 | 15194 | 19790 |
| 1. Februarhälfte 1923 | 40719 | 62676 | 81671 |
| 2. Januarhälfte 1923 | 22330 | 33671 | 43821 |
| 1. Januarhälfte 1923 | 15640 | 23086 | 30388 |
| 2. Dezemberhälfte 1922 | 12885 | 19381 | 25579 |
| 1. Dezemberhälfte 1922 | 12093 | 18411 | 24395 |
| 2. Novemberhälfte 1922 | 9490 | 14622 | 19308 |
| 1. Novemberhälfte 1922 | 6484 | 10080 | 13288 |
| 2. Oktoberhälfte 1922 | 4869 | 6754 | 8871 |
| 1. Oktoberhälfte 1922 | 2998 | 4631 | 6186 |
| Februar 1922 | 305 | 468 | 627 |
| Februar 1921 | 149 | 225 | 313 |
| Februar 1920 | 129 | 190 | 254 |
| August 1913/Juli 1914 | 16,75 | 22,30 | 28,80 |

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendigste Mindestverdienst in der ersten Februarhälfte 1923 für einen alleinstehenden Mann 6785 M., für ein kinderloses Ehepaar 10446 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 13612 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 212385 M., für das kinderlose Ehepaar 326960 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 426500 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum ersten Februarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 40 719 M., b. h. auf das 2430,6fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 62 676 M., d. h. auf das 2810 fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 81 671 M., b. h. auf das 2835 fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Februarhälfte etwa 1/200 Wf. wert.

Zu den kommenden Betriebsräteahlen.

Wir haben einen Kollegen in einem größeren Betrieb erlucht, er möchte uns aus seiner praktischen Tätigkeit als Betriebsrat etwas über die Aufgaben der Betriebsräte schreiben. Er ist unserem Wunsch nachgekommen. Wenn auch Hinweise aus dem Spiel der Praxis fehlen, so halten wir immerhin die Ausführungen für so wertvoll, daß wir sie durch Abdruck zur Kenntnis unserer Kollegen bringen. D. Neb.

Rein Geseh, daß aus der Revolution geboren ward, dürfte von so einschneidender Bedeutung für die Arbeiter sein als das Betriebsrätegesetz, vorausgesetzt, daß es von der Arbeiterklasse richtig angewendet wird. Fragt man heute in Arbeiterkreisen was uns das BGB gebracht hat, so bekommt man wohl von den meisten die Antwort: „Große Hoffnungen darauf, aber nur Enttäuschungen.“ Nur der kleinere Teil wird betonen, daß das Gesetz doch eine Errungenschaft ist, die von uns hochgehalten und, wenn es sein muß, mit allen Mitteln erhalten werden muß. Dieser kleinere Teil wird sich aus den Kreisen zusammensetzen, die den Wert des BGB erkannt haben, und die zu gleicher Zeit die schwereren Aufgaben und die keineswegs leichte Arbeit bewerten, die der Betriebsrat hat, der seinen Posten nicht auszufüllen versucht. Voraussetzungen muß man, daß wohl in den meisten Betrieben der Betriebsrat sich die Stellung, die er einnimmt, erst schrittweise erkämpfen mußte und noch muß, denn noch immer wird versucht, die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden, zu schmälern oder den Betriebsrat mit seiner Tätigkeit ganz auszuschalten. Auf die Fähigkeit der gewählten Kollegen kommt es vor allem an, wie weit dies dem Unternehmer gelingt; nicht zuletzt aber auch auf die Arbeiterkraft des Betriebes insofern, als sich diese stets geschlossen hinter ihren gewählten Betriebsrat stellen muß, um dem Unternehmer zu zeigen, daß es ihre Vertreter sind, und daß der Kampf des Betriebsrates auch ihr Kampf ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß alles, was der Betriebsrat schafft und vereinbart, ohne Kritik von der Belegschaft hingenommen werden muß. Gerade zu rechter Zeit und am rechten Platz einsetzende Kritik kann nützlich sein. Wir unterlassen es nicht, wichtige Angelegenheiten des Betriebes, meistens Betriebsverhandlungen, zu unterbreiten. Das sollte anderwärts nachgeahmt werden. Wird dies nicht gemacht, so leidet die Kritik am Biertisch, wohl auch im Arbeitsraum ein, wo man dann noch so weit geht, daß man am lauffestesten schimpft, wenn ein Beamter oder gar der Direktor kommt, damit es ja diese hören, daß man nicht mit dem Vorgehen des Betriebs-

ates einverstanden ist. Solche Maulwurfsarbeit, von den eigenen Kollegen betrieben, in der sie selbstredend von überflüssigen Beamten unterstützt werden, bringt es mit sich, daß die besten Kollegen müde und mürrisch gemacht werden und den Betriebsposten an den Nagel hängen. Und doch wer die Aufgaben der Betriebsräte kennt, die ihnen nach dem HRS zustehen, muß sagen, daß es jahrelanger Tätigkeit im Betriebsrat bedarf, um die im Gesetz niedergelegten Rechte zu nützen. Dies soll aber nicht heißen, daß die, die einmal Betriebsrat sind, ihr Leben lang bleiben sollen. Nein, Kollegen und Kolleginnen, täuschen Sie sich nicht, wir haben auch Leute unter Vertrauten gelassen, die sich hinterher als nicht geeignet für diesen Posten erwiesen haben. Hier wäre es gerade verkehrt, eine Wiederwahl vorzunehmen. Hier ist es Pflicht der Gewerkschaft, nach dem Grundgesetz zu handeln: der rechte Mann; am rechten Platz. Mäherer, manche Kollegen wird sagen: Nun, die Aufgaben sind nicht zu groß, etwas Mundwert gehört halt dazu, damit wir es wünschenswert, der Betriebsrat etwas mehr Lohn für heranzuholen, oder daß er uns ahntündige Behandlung verschafft usw. Das sind alles unwichtigere Dinge, für die selbst unteren ein Betriebsrat keine Leute erziehen muß. Wir W. haben unseren Wählerinnen und Wählern gegenüber betont: erst selbst rühren! Wenn's nicht hilft, dann kommen wir.

Die Aufgaben des Betriebsrates sind viel weitgehendere, sie fallen eigentlich in soziale und wirtschaftliche. Ein Betriebsrat, der dieses richtig erfährt, hat sozial, hauptsächlich auf sozialem Gebiet, zu erledigen, daß er für obige Kleinigkeiten nicht mehr Zeit aufzuwenden hat. Was kann ein Betriebsrat auf dem Gebiet des Jugendchüßes, des Lehrlingswesens alles tun; und wie groß ist hier die zu erledigende Arbeit. Gewerbeunfälle, Unfallverhütung, Sanitätswesen gehört dazu. Ist hier nicht genügend Arbeit für Betriebsräte, hauptsächlich in Korkfabriken? In Kriegsbeschäftigtenfürsorge praktisch zu arbeiten, muß Aufgabe des Betriebsrates werden; hier soll, wenn es möglich, ein mit den einschlägigen Verordnungen veränderter Kriegsbeschäftigter im Betriebsrat tätig sein. Ein Gebiet, das der Kriegsbeschäftigten- und des Mutterchüßes, ist wohl das selten von den Betriebsräten übernommen worden. Hier müßten Kolleginnen Großes leisten. Die sich mehr verschleuderten wirtschaftlichen Verhältnisse treiben immer mehr Frauen die Betriebe. Wieviel Glend entsteht in den Familien dadurch, daß die Kinder sich den ganzen Tag allein überlassen sind oder in schlechter Pflege verkommen. Da ist es Sache des Betriebsrates, durch Statistik und durch Beispiele die Unternehmer dahin zu bringen, durch Umlegung von Kindergärten, Kinderheimen das ihre zu tun, einermachen das Glend zu mildern. Die Beschäftigungsmöglichkeit von Frauen in den letzten Monaten vor der Niederkunft an Maschinen oder schwerer Arbeit ist stets durch den Betriebsrat überwacht werden. Er sollte stets helfend und mit Vorschlägen eingreifen, wo es sich nötig macht. Auf eines sei hier besonders verwiesen. Es gibt Betriebe, die sich weigern, Wöchnerinnen und trankte Arbeiterinnen wieder einzustellen, wir selbst müßten schon den Schlichtungsausschuß in solchen Sachen anrufen und hatten vollen Erfolg. Hier muß der Betriebsrat energig Stellung zu solchem Vorgehen der Unternehmer nehmen. Bei Wohlfahrtsvereinigungen, die Werkwohnungen usw., darf der Betriebsrat auf keinen Fall auf sein Mitbestimmungsrecht verzichten; hier hatten wir schon wiederholt Kämpfe auszufechten. In der Frage der Entlassungen und Entlassungen ist es bei uns so, da wir wöchentlich Bericht (schriftlich) erhalten über Einstellungen und freiwillige Austritte. Entlassungen müssen möglichst durch Verhandlungen möglich gemacht werden, wird das nicht erreicht, so ist der Schlichtungsausschuß anzurufen. Wir haben stets, wenn bei Verhandlungen nichts erreicht wurde, die Entscheidung des Schlichtungsausschusses angerufen.

Nun zu den wirtschaftlichen Aufgaben des Betriebsrates. Die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und die Beeinflussung des Arbeitsprozesses in einem für die Arbeiter günstigen Sinne erfordert vom Betriebsrat, daß er ein ideal veranlagter Mensch ist und sich ein gewisses Maß von Kenntnissen der Betriebsorganisation aneignet. Jeden Menschen zur Arbeit zu erziehen, zu der er körperlich und geistig in der Lage ist, damit er durch seine Arbeitsleistung der Gesamtheit sich nutzbar macht und innerliche Befriedigung an seiner Arbeit findet, soll vornehmste Pflicht des Betriebsrates sein. Schon durch sorgt er für einen möglichst hohen Stand der Leistungen. Neben diesem hat aber auch der Betriebsrat die Verpflichtung, was, was zu einer Produktionsminderung, wie Koststoffmangel usw., beiträgt, gründlich zu untersuchen und auf Abhilfe zu wirken. Wir stehen stets ein dafür, daß derartige Sachen hinterhalten sind.

Die Betriebsräte haben die Aufgabe, die Grundlagen zur Überführung der privatwirtschaftlichen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft zu schaffen. Dazu ist langjährige praktische Tätigkeit, vollständige Betriebskenntnis notwendig. Deshalb müssen auch die Betriebsräte ihren vierteljährlichen Geschäftsbericht verlangen, ebenso die Jahresbilanz (und diese auch der Redaktion der „Ameise“ übermitteln. D. Red.) Die Aufgaben der Betriebsräte sind mit diesen Aufgaben noch nicht erschöpft, es dürfte das Angeführte genügen, die Kolleginnen und Kollegen auf die Wichtigkeit der Betriebsratwahlen aufmerksam zu machen.

Nehmt nur solche Leute in diese Vertrauensstellung, die in der Jahre freigewerkschaftlich organisiert sind und durch ihr bisheriges Verhalten die Würdigung abgeben, daß sie ihr alles, was die Lebenshaltung und die Arbeitsverhältnisse zu heben und zu verbessern.

Mehr Sachlichkeit.

Lassen wir die Geschichte unseres Verbandslebens in allen mannigfaltigen Erscheinungen und Aufgaben an unserem Auge vorüberziehen, und betrachten wir den Krieg als Trennungskrieg, oder besser, als eine Atempause zwischen dem Krieg und dem Völkerringen und der Zeit nach dem Zusammenbruch, so kommen wir teils zu einem befriedigenden, teils einem recht betrübenden Ergebnis. Erfreulich und zufriedenend insofern, daß uns tatsächlich die Revolution neben politischen Erregenschaften auch eine vollständig neue Welt für ein gewerkschaftliches Leben erschlossen hat. Eine ganze Anzahl gewerkschaftlicher Forderungen, für welche die Revolution unsere Führer im guten Einvernehmen mit einem klein organisierten Arbeiter kämpft und gelitten haben, sind im November 1918 und in den späteren Tagen tatsächlich erfüllt worden. Es bedurfte lediglich noch, den toten Buchstaben des Gesetzes in die Praxis umzusetzen. Dazu kam noch erschwerend, daß die damaligen Verhältnisse derart überfüllt waren, daß die Zahl der Gewerkschaftsgruppen, und ebenso die Führer, der neuen Aufgabe noch nicht gewachsen genug zeigten. Es schaffte sich den Gewerkschaften ein vollständig neues und unerwartetes Arbeitsgebiet, zumal noch jene große Masse der Arbeiter aus materiellen Gründen zu den Gewerkschaften nicht kamen. Die bis dahin zähsüßeren hatten sich bisweilen die viele Jahre alte Lösung mit einer Selbstverständlichkeit zu eigen gemacht und zugleich die Vorteile restlos und ohne das geringste Nachdenken mit sich zu nehmen. Nach kurzer Zeit der Stillstand der Bewegung, bedingt dadurch, daß es nicht genügend, die politische Macht zu besitzen, sondern daß ein wichtiger Faktor zum weiteren Siegeslauf der Gewerkschaften notwendig ist, nämlich die wirtschaftliche Macht. Diese ist aber nicht im Handumdrehen dem Kapital wegnehmen, sondern bedingt wiederum ein unangenehmes Einsteigen der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeiterkraft auf dieses wichtige Ziel; diese Voraussetzung fehlte damals vollständig.

In einem betrübenden Resultat kommen wir tagtäglich immer mehr, wenn wir umhau halten in unseren Reihen.

Wenn wir die Versammlungsberichte der einzelnen Zastellen lesen oder unsere Zastelle selbst betrachten, müssen wir konstatieren, daß jene große Zeit ein recht kleines Geschlecht vorband. Besonders in den Versammlungen werden wiederholt die unklarsten und unsinnigsten Forderungen aufgestellt. Irgeendet spontan hervorbrechender Anlaß kleinlicher Art wird aufgebauscht, zu einer umfangreichen Resolution „bearbeitet“. Dester wird vom Hauptortland Abhilfe in irgendeiner Sache gefordert, ohne dabei das geringste geistige Denken zu entfalten. Viele Fragen würden ohne Zweifel anders beurteilt, wenn die Kollegen die Gründe und Umstände alle kennen und berücksichtigen würden, die in unserem Berufsleben von entscheidender Bedeutung sind. Man schreut selbst vor absichtlich falschen Mitteln nicht zurück, die naturgemäß einen Erfolg von vornherein ausschließen. Dem Widerspruch von älteren Kollegen wird meist mit dem Hinweis begegnet, sie seien opportunist und rückwärtlich. Die Folge davon ist, die Zastellenversammlung wird zum Tummelplatz für parteipolitische Bestrebungen. Die Beobachtung lehrt uns, daß die Urheber solcher ungewissen Szenen stets ein und dieselben Kollegen sind. Hier ist gewerkschaftliche Erziehungsarbeit notwendig. Die Gelegenheit dazu gibt es überall, und das Gute dazu liegt so nah. Es braucht absolut nicht immer ein schweres Stoffgebiet zu sein. Greifen wir zurück in unser eigenes Zastellenleben bis kurz vor dem Kriege. Schildern wir an der Hand kleiner Erlebnisse den Unterschied der Verhältnisse von damals und heute, und der Erfolg wird sicher nicht ausbleiben. Anbei eine kleine Erinnerung aus unserer Zastelle: Der Streit und die Aussperrung von 1912 waren auch bei uns nicht spurlos vorübergegangen. Eine Anzahl Kollegen wurde nicht wieder eingestellt, blieben für unsere Ideale auf der Strecke; einige kehrten dem Verband den Rücken aus Furcht vor den Nachstellungen der Firma. Der damalige Vorsitzende und der Kassierer wurden wegen angeblichen Arbeitsmangel kurzerhand entlassen. Die Zastelle wurde durch all die mühslichen Dinge bedeutend geschwächt. Es machte sich notwendig, durch lebhaftige Agitation mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln neue Mitglieder zu werben. Auch ein Tanzvergnügen mit einer Feste wurde zu diesem Zweck veranstaltet. Als Festredner wurde uns ein Genosse Wilhelm Bud aus Dresden geschickt; er verstand es, mit wunderbarer Rednergabe sich die Aufmerksamkeit aller

Mitglieder! Mahret Eure Rechte! Zahlt Eure Beiträge in Höhe eines Stundenlohnes! In der Woche vom 4. bis 10. März ist der 10. Beitrag fällig.

Anwesenden zu verschaffen. Eingehend auf die allgemeinen Tagesfragen, besonders auf den damals geplanten Anschlag auf das Koalitionsrecht der Arbeiter seitens der Reichsregierung, appellierte er an alle Porzellanler, sich restlos zur Wahrung ihrer Interessen dem Porzellanarbeiterverband anzuschließen. Er schilderte unsere Ziele: den Achtstundentag, den 1. Mai als Weltfeiertag, menschenwürdige Entlohnung und vieles mehr, was damals die Forderungen der freien Gewerkschaften waren. Auch verstand es Bud, einen kleinen sozigen Zwischenfall, der sich bei seiner Ankunft in Freiberg ereignete, mit beherrschender Ironie auf die damaligen herrschenden Verhältnisse in seine Rede einzuflechten. Auf dem Bahnhof angekommen, fragte er einen Schuhmann nach dem Restaurant „Union“. Nebenbei bemerkt, war die „Union“ der Sitz der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen von Freiberg. Der Schuhmann sah unseren schmachtigen Kollegen mit der kleinen roten Pravatte voll Verachtung an und ließ ihn ohne Antwort stehen. Der eifrige Diener des Gesetzes fürchtete wohl, bei einer Antwort die Staatsautorität zu verletzen. Kollege Bud erkundigte sich anderweitig, und gleichzeitig erklärte sich dadurch sein verpätetes Kommen. Mit seiner Rede beherrschte er den biszugesetzten Saal. Lautlose Stille war. Immer wieder führte er uns vor Augen, acht Stunden Arbeit ist genug. Wie ein Märchen klang es: wir müssen ein besseres Dasein für uns und unsere Kinder erkämpfen. Arbeitsgenossen, vereinigt Euch! Findet Euch restlos zusammen im Porzellanarbeiterverband; mit dem Spruch von Schiller am Kopf unserer „Ameise“ schloß er seine mit reichem Beifall ausgenommenen Ausführungen.

Ein Jahr später kam der Weltkrieg. Die von den Gewerkschaften kurz vor dem Krieg entfaltete Werbetätigkeit mußte erlahmen; der Zusammenbruch des alten Regimes wurde immer spürbarer. Das monarchistisch-absolutistische Deutschland schaukelte sich in den vier Jahren Völkerringen sein Grab selber. Die Gewerkschaften waren zum Schweigen verurteilt. Da kamen jene Novembertage, und die blutig-rotten vier Jahre waren zu Ende. Die goldene Freiheit, die bisher mit allen Mitteln unterdrückt worden war, kam. Auch die Gewerkschaften wurden wieder lebensfähig; sie gewannen sofort umfangreichen Einfluß und als erste Erregungsbildung den Achtstundentag. Die Parlamente in den Freistaaten wurden durch die politische Umwälzung neu gewählt, und unser einmütiger Agitationsredner wurde Ministerpräsident von Sachsen, das oberste Haupt einer Arbeiterregierung. So stürzte innerhalb fünf Jahren, von jener Rede Bud's an gerechnet, eine Weltanordnung an Machtüberspannung zusammen, und neues Leben blühte aus den Ruinen. Diesen Monat jährt sich der Tag zum zehnten Male, wo wir vor uns im grauen Nebelbild derzerrt und märchenhaft, und doch so heil erhebt nach dem Achtstundentag aufschauten. Wie sagte doch unser Genosse? „Es wird einmal sein.“ Und es ist wahr geworden, weil es Menschen zur Wirklichkeit machen. Menschen, die jahrezielung geknechtet und unselbstständig und nicht willensfrei in ihrem Handeln waren, sich nicht länger als das Produkt ihrer Verhältnisse fühlen mochten. Und diese Menschen werden, wenn sie sich ihrer Sache bewußt sind, auch die anderen Ziele gar zu erkämpfen vermögen. Was nicht ist, soll noch werden, und zwar durch das Wollen und den Willen der Massen. Dazu bedürfen wir der Sachlichkeit.

Maz Giersch, Dreber, Freiberg.

Bermischtes.

Schweizer Studienreise nach Deutschland. Die Schweizer Gewerkschaften machen im Mai eine Studienreise nach Deutschland. Die Abreise erfolgt am 2. Mai von Basel, während die Rückfahrt auf den 14. Mai festgesetzt ist. Der Zweck der Reise ist, die deutschen Arbeiterbildungsbestrebungen zu studieren. Es werden besucht Berlin (Betriebsratsschule, Volkshöhe), Hamburg (Volkshochschule), Frankfurt (Museum der Arbeit). Das Ruhrgebiet muß leider wegfallen. Ueberall werden auch große industrielle Stabissements besucht, damit die Teilnehmer immer einen Einblick in die Produktions- und die Verhältnisse erhalten. Die Reise steht jedem Gewerkschafter und Parteigenossen offen, der von seiner Organisation empfohlen wird oder der sich für die Studienreise eignet. Die Kosten betragen 140 Franken.

Pausen während der Arbeitszeit. Ueber die Probleme der Arbeitszeiteinteilung sprach der Chef der italienischen Staatlichen Bahnen, Maschi, jetzt auf dem 6. italienischen Kongress für soziale Hygiene in Florenz. Der Redner betonte besonders die Notwendigkeit entsprechender Pausen innerhalb der Arbeitszeit. Die schließlich angenommene Tagesordnung hielt am Achtstundentag fest und verwies auf die Notwendigkeit eingehender Ermüdungsstudien zur Lösung der übrigen Fragen.

Von der Keramikindustrie.

Multiplikator 250. Die Interessenverbände der Porzellanindustrie erhöhten ihre Preise und setzten den neuen Multiplikator auf 250 fest. Das entspricht einer 250prozentigen Preissteigerung gegen die Friedensjahre. Die Arbeiterchaft der Porzellanindustrie würde sich freuen, wenn ihre Löhne den gleich hohen Sprung gemacht hätten.

Die feinkeramische Industrie Englands 1922. Im Jahre 1922 hatte die feinkeramische Industrie Englands eine ungünstige Geschäftslage; in den ersten beiden Monaten ging gar kein Geschäft. Gegen den Herbst trat Besserung ein. Der neue amerikanische Zolltarif brachte ein Zurückgehen der Bestellungen aus Nordamerika. Die nur zehnpromzentige Zollerhöhung für Steingut und Herabsetzung der Verkaufspreise bewirkten immerhin einen guten Absatz nach Nordamerika und läßt auch weiterhin die Aussichten nach dort als gut erscheinen. Nach Südamerika ist ebenfalls eine Absatzsteigerung zu verzeichnen, desgleichen nach Kanada, Neuseeland und Afrika. Der australische Markt betrieblage. Die Hauptwerke haben regelmäßig arbeiten können. Die Industrie elektrischen Porzellans ist wieder beschäftigt. Die meisten Werke stellen sich auf die Herstellung von Hochspannungsporzellan ein. Die Preise mußten mehrmals herabgesetzt werden.

Allgemein verbindlich erklärt.

Auf Verfügung des Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung ist unter dem 12. Februar 1923 die anliegende Verfügung auf Blatt 5247, laufende Nr. 12 in Fortsetzung von Blatt 4834 des Tarifregisters eingetragen worden. Entschreibung: Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 („Reichsgesetzblatt“ S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt: 1. Vertragsparteien a) auf der Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie, Berlin; b) auf der Arbeitnehmerseite: 1. Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands; Verband der deutschen Gewerksvereine; Zentralverband der Maschinisten und Feizer; Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe; Deutscher Metallarbeiterverband; Deutscher Transportarbeiterverband. II. Berufsverband deutscher Keramarbeiter. 2. Abgeschlossen am: a) 11. Oktober, b) 2. November 1922; in Kraft getreten am: a) 20. November 1922, b) 11. Dezember 1922; Nachträge zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrage vom 8. Oktober 1922. 3. Verlässlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerkschaft der Arbeiter in der Porzellan- und Steingutindustrie und Steingutwarenindustrie, mit Ausnahme der Betriebe der dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen. 4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches, mit Ausnahme der Steingutfabrik Wittenburg, A.-G., Farge. Die Ausdehnung hierauf bleibt vorbehalten. — Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt für 2a mit Wirkung vom 6. Oktober 1922, für 2b mit Wirkung vom 20. Oktober 1922, für 2c mit Wirkung vom 20. November 1922 und für 2d mit Wirkung vom 11. Dezember 1922.

Damit sind zum erstenmal die neuen Bestimmungen über die Verbindlichkeitserklärung in Anwendung gekommen. Man erkennt daraus, daß es doch etwas schneller geht als ebenedem.

Aus unserem Beruf.

Farge. Da trotz unserer Warnungen immer wieder Kollegen hier zureifen, sehen wir uns gezwungen, die Zustände, die hier herrschen, einmal näher zu beleuchten. Farge ist bekanntlich von der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifs für die feinkeramische Industrie ausgenommen. Dadurch glaubt die Firma hier Löhne bezahlen zu können, die kaum zur Lebenshaltung ausreichen. So mußte in der letzten Woche ein zugereifter Kollege nach 5 Tagen seine Arbeit aus diesem Grunde hier wieder aufgeben. Außerdem sind die Wohnungsverhältnisse dermaßen schlecht, daß Zureisende oft tagelang laufen können, ehe sie ein Unterkommen finden. Die Kollegen können sich vor Schaden bewahren, wenn sie sich vor Arbeitsaufnahme bei der hiesigen Verwaltung nach den Verhältnissen erkundigen.

Die Verwaltung.

Reichenbach. Der Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorgestelle Hermersdorf richtete auf Klagen von Arbeitslosen an die Reichenbacher Porzellanfabrik C. & E. Carstens, Reichenbach, unterm 25. Januar 1923 ein Schreiben, worin gebeten wird, im gütigen Einvernehmen zu versuchen, den Wünschen beider Teile möglichst gerecht zu werden. Es wird darin auch hingewiesen, daß einigen Frauen, deren Männer im gleichen oder in anderen Betrieben tätig sind, gekündigt und dafür arbeitslose Burden oder Mädchen eingestellt werden könnten, wie dies auch in anderen Thüringer Betrieben bereits eingeführt worden sei. Darauf erhielt der Arbeitsnachweis Hermersdorf folgendes, vom Direktor Hintbertür gezeichnetes Schriftstück: „Ihr Schreiben vom 25. d. M. ist uns zur Hand. Sie gestatten sich darin, die Verhältnisse unserer Fabrik zu kritisieren, dürfen wir Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie hierzu absolut nicht in der Lage sind. Sie bemerken, daß die Unruhe unter den Erwerbslosen immer größer wird, hieron haben wir bis zur Stunde noch nicht das geringste bemerkt, sich aber auch hier noch keine Arbeitslosen gemeldet, die für die in Frage kommenden Kosten überhaupt geeignet sind. Was sich hier gemeldet waren Mädchen, die beim Bauer wegelaufen, wir können jedoch keine Kaufmann als Malerin einstellen, ebensowenig wie Sie einen Kupfnacht als Schreiber. Die ganze Sache ist lediglich Mache einiger unverantwortlicher Leute des Betriebes, denen nicht klar, daß sie sich selbst durch eine Entlassung fräulicher Frauen und Mädchen schädigen und Schürung gewisser Parteibanden. An sich ist es uns vollständig gleich, ob die Arbeit Hinz oder Huns macht, nur muß sie richtig gemacht werden. Wir sind bereit, fragliche Doppelverdienerinnen zu kündigen, und zwar ausdrücklich auf Ihre Veranlassung hin, jedoch erst, nachdem Sie erklärt, daß Sie in der Lage sind, uns geeigneten Ersatz zu stellen resp. nachgewiesen. Wir benötigen in dem Falle 2 Mädchen, die perfekt im Glasurfaal, 1 perfekte Garniererin, 3 Malerinnen; diese müssen sich aber über ihre Tätigkeit in ihrer Sparte ausweisen und vor allen Dingen auch firm sein.“ — Das Schriftstück spricht für sich. Wenn man es liest, muß man sich wundern, mit welcher Dreistigkeit der Direktor einer Behörde antwortet, die bemüht ist, das harte Erwerbslosen- und Arbeitslosenselenen etwas zu mildern. Dem Stil und dem Deutsch nach hat der Mann keinen Beruf verfehlt. Wir sind überzeugt, daß die unverantwortlichen Leute des Betriebes und die gewissen Parteibanden, wenn sie sich bemühen, die Arbeitslosigkeit zu mildern, der Allgemeinheit bessere Dienste leisten, als der, der solche Briefe schreibt. Mit solchen Leuten kann die Firma C. & E. Carstens wahrlich keinen Staat machen. Aus dem Verbalten des Direktors geht für uns aber hervor, daß er es anscheinend gut versteht, unter der Arbeiterchaft Reibungen zu erzeugen, die er sich zunutze macht. Die Arbeiterchaft hat alle Ursache, dem Treiben dieses Mannes einen Damm zu setzen, damit er sich solche Freiheiten gegen die organisierte Arbeiterchaft nicht mehr erlauben kann. Wenn er von unverantwortlichen Leuten und Parteibanden schreibt, so wird er damit bezwecken, die organisierten Arbeiter gegen ihre örtlichen Führer anzuspüren, um dann noch besser im Trüben fischen zu können. Es wäre gut, wenn die Arbeiterchaft von Reichenbach geschlossen und einig dem Direktor Hintbertür des Handwerks legen würde, damit in Zukunft derartige Klüppelhaftigkeiten unterbleiben.

Verwaltungsberichte.

Dresden und Umgebung. Die Betriebsvertrauensleute des Dresdener Bezirks nahmen in zutreffender Verammlung Stellung zur letzten „Vorbereitung“. Folgende Entscheidung gibt die unter den Dresdener Porzellanarbeitern herrschende Stimmung wieder: „Mit Entrüstung nehmen die Betriebsvertrauensleute der feinkeramischen Industrie des Dresdener Bezirks von dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeber, gegenüber unserer Forderung auf Einfügung einer Sicherheitsklausel in unserem Lohnvertrag, Kenntnis. Sie stellen demgegenüber fest, daß ihre heutige Entlohnung es nicht zuläßt, weder von einem Leistungs- noch von einem Lebenshaltungslohn zu sprechen. Der Realwert unseres Lohnes sinkt von Verhandlung zu Verhandlung immer mehr, obwohl einwandfrei festgestellt werden kann, daß die Produktionsleistungen unserer Kollegen in der Nachkriegszeit ganz gewaltig gesteigert worden. Eine weitere Steigerung ist nicht möglich. Im Gegenteil, wir müssen mit Erschrecken wahrnehmen, wie infolge der mangelnden Ernährung unsere Körperkräfte immer mehr schwinden. Die Dresdener feinkeramischen Betriebsvertrauensleute protestieren dagegen, daß solche volkschädlichen Zustände in einer Industrie platzgreifen könnten, die in der ganzen Nachkriegszeit zu den gewinnbringendsten gehört, die Deutschland überhaupt besitzt. Das Verhalten unserer Dresdener Verhandlungskommission wird von den Betriebsvertrauensleuten des Dresdener Bezirkes geüßt, und sie erwarten, daß der Hauptvorstand von der Forderung nach Aufnahme einer Sicherheitsklausel in unserem Lohnvertrag nachläßt.“

Ohrdruf und Umg. In den der Bahnhöfe angeschlossenen Orten fanden in letzter Zeit eine Anzahl von Versammlungen statt, die sich mit dem Lohnabkommen vom 29. Januar befaßten. Überall war man sich dahingehend einig, daß das Lohnabkommen trotz seiner 80 Proz. in keinem Verhältnis zu der gewaltigen Teuerung steht. Es müßte zum mindesten dafür gesorgt werden, daß jetzt mit der Teuerung bezüglich des Lohnes gleicher Schritt gehalten wird. Steigt die Teuerung in noch rasender Weise weiter, und bleiben wir mit jedem Lohnabkommen ein gewaltiges Stück hinter ihr zurück, so sind die Folgen in kürzester Zeit unübersehbar. Die Unterernährung nimmt schon jetzt wieder die bedenklichsten Formen an. An das Kaufen von Wäsche, Schuhwerk und Kleidungsstücken ist schon gar nicht mehr zu denken. Die Unternehmer finden wieder einmal Gefallen an Schiedssprüchen. Dies muß ihnen von unserer Verhandlungskommission einmal gründlich ausgetrieben werden. Ferner befahte man sich auch mit den Antikriegsmarken. Während ein größerer Teil der Mitglieder solche schon entnommen, konnte sich der andere Teil zu der Entnahme nicht entschließen, da man glaubte, daß mit dem Gelde doch nichts Ernstliches für die Arbeiterchaft unternommen würde. Auch die Bausteinmarken wurden einer kritischen Betrachtung unterzogen. Dem Hauptvorstand und Beirat wurde (sachlichweise, D. Red.) eigenmächtiges Handeln zum Vorwurf gemacht. Das Projekt hätte einer Mitgliederabstimmung bedurft. Mindestens hätte es aber der Generalversammlung vorgelegt werden müssen. Da der Bau jedoch einmal in der Ausführung begriffen ist, erklärt sich die Mehrzahl der Mitglieder bereit, die Bausteinmarken zu entnehmen. Verlangt wird aber vom Hauptvorstand für die Zukunft, bei Angelegenheiten, welche mit solchen schweren finanziellen Opfern verbunden sind, erst die Mitglieder zu befragen. Des weiteren befahte man sich mit dem Beitrags- und Unterstützungswesen. Die Mitglieder beschwerten sich über die allzu niedrigen Unterstützungsätze, welche die lange Karenzzeit mit sich bringt. Der Bahnhöfenverwaltung wurde aufgegeben, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen und die hierzu nötigen Schritte beim Hauptvorstand zu tun. — Am 18. Februar tagte eine Sitzung der Bahnhöfenverwaltung. Sie befahte sich unter anderem mit dem Beitrags- und Unterstützungswesen. Es wurde nach längerer Aussprache folgende Entscheidung einstimmig angenommen: Die heute, am 18. Februar, tagende Verwaltungssitzung der Bahnhöfe für Ohrdruf und Umg. befahte sich unter anderem mit dem Beitrags- und Unterstützungswesen. Nachdem in allen der Bahnhöfe angeschlossenen Orten die Mitglieder Stellung zu

dieser Frage genommen und ihrer Unzufriedenheit bezüglich der langen Karenzzeit bei der Erreichung der Unterhaltungsätze Ausdruck gaben, forderten sie von der Bahnhöfenverwaltung energische Schritte beim Hauptvorstand bezüglich der Beseitigung der langen Karenzzeit zu tun. Die Verwaltung stellte sich einmütig hinter die Forderungen der Kollegen und Kolleginnen und forderte den Hauptvorstand auf, so schnell wie möglich diese Frage erneut mit dem Beirat zu prüfen, und die Karenzzeit auf 6 Wochen herabzusetzen bzw. die Errechnung der Unterhaltungsätze aus den 6 zu acht gezählten Beiträgen heranzuziehen. Wir verweisen dabei auf den Verband der Metallarbeiter, bei welchem eine ähnliche Karenzzeit besteht, und auf den Verband der Fabrikarbeiter, dessen Unterstützungsätze aus den zuletzt gezahlten 4 Beiträgen errechnet werden. Weiter fordert aber die Verwaltung die Mitglieder auf, auch ihrerseits dem Verbande gegenüber ihren Verpflichtungen nachzukommen und ihre Beiträge in der Höhe eines Stundenlohnes zu begleichen; denn nur so wird dann auch der Verband in der Lage sein, unsere Forderungen zu erfüllen. Die Beitragsbrüdererei muß auf das entschiedenste verurteilt und bekämpft werden. Und sollten solche Beitragsbrüder sich ihrer Pflicht nicht bewußt werden, dann muß eben mit den schärfsten Mitteln gegen sie vorgegangen werden. — Anschließend befahte sich die Verwaltung noch mit einigen Vertrieben, in denen den Unterhaltungsätzen ihr Amt verweigert wird. Am tollsten scheinen es einige Mitglieder bei Hertel, Schwab & Co. in Stuhhaus zu treiben. In ihrem blinden Glauben gegen die Höhe der Beiträge und überhaupt alles, was vom Verband kommt, ausgenommen den Arbeitslohn, treiben sie es soweit, die Unterhaltungsätze zu bearbeiten, daß er keinen Kosten niederlegen soll, wenn er nicht mindestens 8 Proz. Entschädigung bekommt. Sie wollen damit freilich nur bewirken, daß auch trotz ihrer geschundenen Beiträge der Unterhaltungsatz auf seine Rechnung kommt. Die Verwaltung verurteilt ein solches Gebahren auf das entschiedenste und verlangt, daß, wenn sich derartige Zustände nicht beizugehen ändern, man sich einmal öffentlich in der „Ameise“ mit beratenden Ausschüssen befaßt. Außerdem fordert die Bahnhöfenverwaltung die dortigen Mitglieder auf, mit solchen Zuständen auf das schnellste aufzuräumen. Auch bei der Firma Kling & Co., Ohrdruf, büßte sich eine Abrechnung mit einigen Mitgliedern nötig machen. D. S. Selbsthülfe. Trotzdem unsere Versammlungen jeden 2. Samstag im Monat abgehalten werden und dies jedem Mitglied immer wieder bekanntgemacht wird, war der Besuch der Februarversammlung der denkbar schlechteste. Zur Verlesung gelangte das Lohnabkommen vom 29. Januar. Die anschließende Diskussion hielt sich in sachlichen Rahmen. Am allgemeinen wurde dieses Abkommen etwas günstiger beurteilt, als die vorhergehenden, aber Befriedigung darüber konnte nicht ausgesprochen werden. Den Kassenbericht für das 4. Quartal gab Kollege Preßfreund. Daß der Kassierer durch den großen Gehaltsaufschlag und die fortwährend schwankenden Beiträge keine leichte Arbeit hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Revisoren erklärten, daß Bücher und Bestände in Ordnung seien. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die am Schluß des Berichtes verlesene Mitgliederzahl von 338 ließ manchen Anwesenden anstehen. Ist es doch ein Reichen, daß alle Beschäftigten reiflos organisiert sind. In den kommenden Betriebsratwahlen gab der Vorsitzende die nötigen Aufklärungen. Es wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen, mit dem Bemerkten, möglichst Mitglieder des alten Betriebsrates zu wählen. In den Ausschuss, welcher die eingegangenen Vorschläge der Regionalen zu prüfen hat und die Liste zusammenstellte, wurden außer der Verwaltung noch 3 Mitglieder bestimmt. Der Kartellbericht wurde klar und leichtverständlich vorgetragen. Für einen durch Unfall in Not geratenen Kollegen werden Sammelkisten aufgelegt werden. Ein Vorwurf von 10 000 Mk. wurde ihm sofort überwiesen. Bei Aufrufen für erkrankte Mitglieder soll der Geldentwertung Rechnung getragen, geachtet werden. Bei Vererbung von Angehörigen der Bahnhöfe soll von Krankschenden Abstand genommen werden. An Stelle derselben soll ein entsprechender Gehalt treten. Hierauf folgte ein längerer ausführlicher Bericht über die Lage und die derzeitigen Leistungen der Betriebskrankenkasse, welchem volles Interesse entgegengebracht wurde.

Bekanntmachung.

Den Bahnhöfenkassierern diene hiermit zur Kenntnis, daß nunmehr Beitragsmarken im Werte von 810, 900, 990, 1080, 1170, 1260, 1350, 1440 und 1530 Mk. vorhanden sind. Die Kassierer wollen solche vom Unterzeichneten unter Angabe der Stückzahl anfordern. Wilhelm Herden.

Geschäftsführer gesucht!

In der Bahnhöfenkassierstelle Walzenburg (8 Betriebe mit zirca 4600 Mitgliedern) wird die Stellung eines Geschäftsführers verlangt. Wir ersuchen um gefl. Bewerbungen geeigneter, tüchtiger Kräfte. Beansprucht wird vollständige Beherrschung des Arbeitsrechts und rebnerische Befähigung. Erwünscht wären Kenntnisse der Kassenführung einer neuzeitlich eingerichteten Kassenstelle. Bedingung: Mindestens fünfjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation. Dem Bewerbungsschreiben ersuchen wir beizufügen: einen Lebenslauf, aus dem besonders die bisherige Beteiligung in der Gewerkschaftsbewegung hervorgeht, ferner eine Abhandlung über die Aufgaben einer großen Kassenstelle unseres Verbandes und die des Geschäftsführers. (Selbstverständlich alles selbst verfaßt und handschriftlich.) Diskretion Behandlung zugesichert. Eintritt kann im März oder April erfolgen. Gehalt nach den Vorstandsanweisungen. Einsendungen bis 15. März erbeten. Im Auftrage der Verwaltung: Dirsch, Walzenburg-Altwasser i. Schlei., Poststr. 16.

Verwaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Am Freitag, den 2. März, ist abends 5 Uhr bei Wollschläger Kartellversammlung. Bericht der Lohnkommission. Blankenhain. Sonnabend, den 10. März, abends 8 Uhr, in Bahnhöfenversammlung bei Klein. Spandau. Die Versammlung der Bahnhöfe Spandau findet am Montag, den 12. März, um 4 Uhr bei Wind, Bismarckstr. statt.

Adressenänderungen.

Oberkopau. Schriftl.: Adam Köbel, Maler, Doserstr. 140.

Briefkasten.

Mehre Kollegen. So lautet die Unterschrift eines anonymen Briefes aus Pahl. Den Schreibern wird geraten, den Mut aufzubringen, ihre Namen zu nennen; dann erhalten sie den gewünschten Aufsatz ganz öffentlich. Sie scheinen aber ihre Sache für sehr wackelig zu halten, sonst würden sie ihren Namen nicht hinter dem Berge halten. Berichtigung. In der ersten Spalte der ersten Seite, 7. Zeile von unten, muß es heißen: Auch das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das „Korrespondenzblatt“, dauert usw. Der Name des angegebenen Dr. Brünner muß Dr. Brünner, nicht Brenner heißen.

Arbeitsmarkt.

Dreher (80) für Untertassen per sofort gesucht. Freyer & Oette, Bunzlau.

Modelleinrichter (28) ledig, zum sofortigen Eintritt. Porzellanfabrik Zsch, Sörzner & Co., N.-G., Rehau in Bay.

Perfekter Freidreher ber nach Zeichnung arbeiten kann, sofort gesucht. Löffelwerkstatt Koberbach, Marburg (Hessen).

Oberbrenner (31) mit allen im Brennhaus vorkommenden Arbeiten vertraut, wird von Steingutfabrik zum baldigen Eintritt, möglichst 1. April 1923, gesucht. Offerten unter „H. St.“ an die Redaktion erbeten.

Oberbrenner, gewissenhafter und langjähriger Fachmann, mit guten Zeugnissen, sucht für sofort oder später im In- oder Ausland Stellung in der Geschirrbrennerei. Wohnung mit erwünschten Angebots werden an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Schweißblechdreher sucht Stelle als Plattenformer, Wulstformer, Gießer oder Garnierer im In- oder Ausland. Erwünscht ist auch fähig ein Personal zu leiten. Beste Zeugnisse stehen zur Verfügung. Stelle, wo Wohnung vorhanden ist, wird bevorzugt. Offerten sind unter „G.“ an die Redaktion der „Ameise“ zu richten.

Kapseldreher (32) mit Angabe, wo überall tätig gewesen, gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle der „Ameise“ unter „106“.

Emil Böhme, Goldschmelzwerk, Eisenberg i. Th.

(Gegründet 1891)
kauft sämtliche Goldabfälle, wie: Glanzgold — Goldschmiede — Lappen — Pinsel — Pastetten — Goldboide — Bruchgold — Bruchsilber und zahlt stets die höchsten Tagespreise. Bestehtes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. (1)
= Eigene Schmelzanlagen. =

Zahle die höchsten Preise für Goldbrückstücke jeder Art. Goldscheibe bis 1500 Mk. das Gramm und Goldfläschen 3—5 Mk. das Stück je nach Gehalt. (2)
Martin Kaufmann
Zwickau i. S., Werdauerstr. 25.

Offert. zu Tagespr. f. Dreher Symocca, d. St. v. 0,40—1,50 engl. Schill. (früh. Goldm.), klein. Revantiner, das Pilo zu 40, groß zu 60 Schill., große glatte Philippiner Elefantenzähne, das Pilo zu 64 Doll., klein. Revantiner Elefantenzähne, das Pilo zu 200, groß, prima zu 240 franz. Francs, prima weiche kaufgr. feine Reif-Formschwämme, das Pilo 7 Doll., billigere feste feine mittelgr. Hartholz-Glasur- u. Garnierungschwämme, sowie große Hartholzschwämme für große Gefäße zu 3/4 Doll., alles umger. in deutsche Reichsmark, z. amtl. Berl. Briefbörsenkurs am Lieferungsstage. Versand in kleineren und größeren Posten. S. Michelshorn, Schwammgroßh., Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Gold-, Platin-, Silber- auf Anfrage

Seifert, Zwickau i. S., Osterweilstr. 32.

Nur das Gute bricht sich Bahn!
Offert. all. Porzell.-, Glas- u. Hüttenarbeiten meine prima Segel-, Spangenschuhe u. Turnschuhe, sowie Pantoffel m. Segel- und aberteil zu annehm. Preis. Anfr. ohne Rücksicht auf Verächtheit. Berl. nur per Nachn. Erstes Schuhwarenverand-geschäft a. hies. Platz. Konrad Dägler, Birnbach, Klampferstr. 6.

Goldreste jeder Art (11) kauft Dr. Max Heim, Chem.-metall. Laboratorium Berlin, Charlottenburg, Spandauer Str. 20 zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Kaufe Goldabfälle (9) aller Art zu höchsten Preisen. Für leere Goldfläschen zahle ich je nach Gehalt bis 8,— Mk. für das Stück. Portoauslagen werden vergütet. A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau (Sachsen).

Goldabfälle

Lappen, Mische, leere Fläschen (10) kauft jederzeit zu den höchsten Tagespreisen Benzl Peter, Selb, Bayern, Gartenstr. 35 (Jugendheim).

Kaufe Goldscheibe — Goldabfälle jeder Art für (14) Berufszwecke, zahle höchste Preise nach jeweiligem Kurs, je nach Gehalt. Reelle Bedienung. Paul Seifert, Reudnitz (Reuth).

Goldschmiede — goldhaltige Lappen — Mische (6) Fläschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Kaufe goldhaltige Schmiede, Lappen, Mische, Fläschen, Pinsel und Matrücken zum Einschmelzen. Höchste (13) Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen. Erich Martin, Rudolstadt, Neumarkt 10.

—: Gold — Lappen — Abfälle —: zahle allerhöchste Tagespreise. Goldscheibe à Gramm 5500 Mark und mehr, je nach Prozentgehalt. — Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. — (10) Andreas Geher, Selb (Oberfr.), Goldarbeiter.

Goldschmiede, Goldlappen, Goldfläschen (8) sowie alle Goldabfälle und Silberchlamm kauft ständig zu höchsten Tagespreisen Kurt Rottmann Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstr. 1.

Goldhaltige Lappen :: Mische :: Schmiede :: Pinsel :: Pastetten (5) **Reife :: leere Goldfläschen :: Silberabfälle :: Silberchlamm** Bruchgold und -Silber :: (für leere Glanzgoldfläschen zahle ich: Preis 3 Mk. v. Stück u. für leere Poliergoldfläschen mind. d. Preis 10 Mk. v. Stück). Da die in diesem Blatte inserierten Goldabfallpreise sich längst durch den hohen Dollarkurs überholt haben, diene ich ihnen bei Sendungen an mich viel höhere Preise. Speien, als Porto u. Schweißkosten, trage ich u. sichere schnellste u. reelle Bedienung zu. (4) Scheideanstalt Max Haupt, Dresden-A., Bönißplatz 17.

Goldfläschen :: Lappen :: Schmiede (18) sowie ausgebrautes Gold kauft zu den höchsten Preisen Emil Theimer, Langenwieschen b. Jm., Thür.

Goldhaltige Schmiede :: Lappen :: Mische :: Pinsel :: Fläschen (18) — Matrücken — usw. zum Einschmelzen kauft M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8 II. = Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. =

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. Red.: Edwin Henniger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Köpenickerstr. 4. Druck: E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.

Geschäfts-Anzeigen. Zweck Gründung einer **Schablonen-** (18) **Dzweifeltätigungswerkstätte** (Puster-Entwerfen, sowie Umarbeitung vorhandener Puster) erbeten. Anträge unter A. B. C. 1000 an die Redaktion der „Ameise“.